

§ 7

Vorrangigkeit der Forderungen der Abgabenbehörden

Sind mit dem Abgabenschuldner über die Zahlung der Abgaben Tilgungspläne vereinbart worden oder wurden dem Abgabenschuldner Stundungen gewährt, so gelten als Fälligkeitszeitpunkt im Sinne des § 14 der Steueränderungsverordnung die Fälligkeitstermine, die sich aus diesen Tilgungsplänen oder Stundungsverfügungen ergeben.

§ 8

Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

- a) der § 3 mit Wirkung vom 1. Juli 1952,
- b) die §§ 2 und 5 mit Wirkung vom 1. Januar 1953,
- c) die übrigen Paragraphen mit der Verkündung dieser Durchführungsbestimmung

Berlin, den 23. Juli 1953

Ministerium der Finanzen

Dr. Loch

Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Verordnung**über die Änderung der Besteuerung landwirtschaftlicher Betriebe.**

Vom 23. Juli 1953

Die Hebung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Deshalb ist es notwendig, die bestehenden Härten in der Besteuerung der landwirtschaftlichen Betriebe mit Böden mittlerer und hoher Ertragsfähigkeit zu beseitigen. Es wird deshalb folgendes verordnet:

§ 1

Herabsetzung der Hektarsätze und Ermittlung des Gewinns der Land- und Forstwirte

(1) Der Gewinn aus Land- und Forstwirtschaft wird weiterhin für das Wirtschaftsjahr vom 1. Juli bis zum 30. Juni ermittelt

(2) Bei der Ermittlung des Gewinns aus Land- und Forstwirtschaft nach der Verordnung vom 31. Dezember 1936 und der Achten Durchführungsbestimmung vom 16. Juni 1949 zur Steuerreform Verordnung (ZVB1. Teil I S. 494) sind bei Böden von mittlerer bis hoher Ertragsfähigkeit von dem maßgebenden Einheitswert des landwirtschaftlichen Betriebes Abschläge vorzunehmen.

- (3) Die Abschläge betragen bei einem Hundertsatz

			in % vom Einheitswert
von 45 bis 50 (Hektarsatz	1801 bis 1890)	= 5 bis 10	
über 50 « 60 (»	1891 » 2268)	*= 10 „ 20	
„ 60 » 70 (»	2269 M 2646)	= 20 „ 30	
„ 70 » 80 (»	2647 „ 3024)	= 30 „ 33	
i> 80 » 90 (»	3025 M 3402)	= 33 „ 35	
M 90 » 100 (»	3403 M 3780)	= 35	

§ 2

Erlaß einer Einkommensteuer-Doppelrate bei Land- und Forstwirten in Sachsen und Sachsen-Anhalt

Land- und Forstwirten in den ehemaligen Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt ist die durch die Umstellung der Einkommensteuer-Fälligkeitstermine nach der Steuerreformverordnung vom 1. Dezember 1948 (ZVB1. 1949 Teil I S. 235) entstandene Einkommensteuer-Doppelrate erlassen.

§ 3

Die Bestimmungen der Steueränderungsverordnung vom 23. Juli 1953 (Steuererlaß, Straferlaß, Aufhebung der Einkommensteueränderungsverordnung usw. [GBl. S. 889]) gelten auch für Land- und Forstwirte.

§ 4

Inkrafttreten

Es treten in Kraft:

- a) § 1 mit Wirkung vom 1. Juli 1953.
- b) §§ 2 und 3 mit der Verkündung dieser Verordnung.

Berlin, den 23. Juli 1953

Die Regierung**der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Ministerpräsident Ministerium der Finanzen

Grotewohl

Dr. Loch

Stellvertreter

des Ministerpräsidenten

Dritte Verordnung**zur Ergänzung und Änderung des Gesetzes über die Steuer des Handwerks.****(Dritte Handwerksteuerverordnung)**

Vom 23. Juli 1953

Auf Grund des § 10 des Gesetzes vom 5. Februar 1953 über den Staatshaushaltsplan 1953 (GBl. S. 257) wird folgendes verordnet:

§ 1

Aufhebung bestehender Bestimmungen

Die Zweite Verordnung vom 5. März 1953 zur Ergänzung und Änderung des Gesetzes über die Steuer des Handwerks (GBl. S. 393) und die Sechste Durchführungsbestimmung vom 23. März 1953 zum Gesetz über die Steuer des Handwerks und zum Gesetz über die Steuertarife des Handwerks (GBl. S. 480) werden aufgehoben.

gg

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1953 in Kraft.

Berlin, den 23. Juli 1953

Die Regierung**der Deutschen Demokratischen Republik**

Der Ministerpräsident Ministerium der Finanzen

Grotewohl

Dr. Loch

Stellvertreter

des Ministerpräsidenten

Siebente Durchführungsbestimmung***zum Gesetz über die Steuer des Handwerks und zum Gesetz über die Steuertarife des Handwerks.**

— HdwStDB —

Vom 23. Juli 1953

Auf Grund des § 16 Abs. 3 des Gesetzes vom 6. September 1950 über die Steuer des Handwerks (GBl. S. 967) und des § 7 des Gesetzes vom 13. April 1951 über die Steuertarife des Handwerks (GBl. S. 291) wird folgendes bestimmt:

g ^

Ermittlung der Beschäftigtenzahl

(1) Bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl eines Handwerksbetriebes gemäß § 14 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. August 1950 zur Förderung des Handwerks (GBl. S. 827) sind Personen, die im Betrieb des Handwerkers wöchentlich mehr als 12 Stunden Reinigungsarbeiten verrichten, mitzuzählen.

• 6. Durchfb. (GBl. S. 480).